

## SHORT NEWS

**Grüne Chance?**

(avt) - Bisher waren sie noch nie an der Macht. Denn bisher nahm die CSV stets die LSAP mit ins Boot oder zog im Zweifelsfall die DP als Koalitionspartner vor. Doch nun erscheint die Chance, in einer Regierungskoalition an den Hebeln zu sitzen, greifbar. Sam Tanson wusste die fehlende Regierungserfahrung der Grünen auf dem Parteikongress jedenfalls als Stärke zu präsentieren: „Wären wir seit 70 Jahren an der Macht - so hätten wir es uns vielleicht auch so gemütlich gemacht“; Déi Gréng seien unverbraucht und könnten für Frischluft sorgen, meinte Tanson auf dem Kongress, wo es Kritik über die Skandale der schwarz-roten Koalition hagelte. Der Berichterstatter des parlamentarischen Untersuchungsausschusses François Bausch bezeichnete die Debatte im Parlament als einen „Akt der Rehabilitierung der Politik“ und warf Juncker vor, nicht(s) zur Aufklärung der Affäre beigetragen zu haben. Bausch prangerte den Umgang der CSV mit der LSAP an. Mit so einer Partei wolle man nicht im Boot sitzen, so Bauschs indirekte Zusage für eine Ampelkoalition, die auch Christian Kmietek und Felix Braz im Falle des Falles nicht ausschlossen. In einer Resolution sind die Schwerpunkte von Déi Gréng für den Wahlkampf festgelegt: wirtschaftliche Herausforderungen, der Erhalt des Index, soziale Absicherung und „frischer Wind“ in den demokratischen Institutionen. Wenngleich die Grünen eine Wende in der Energiepolitik anstreben, wurde erstaunlich wenig über Umweltschutz gesprochen. Die Listen mit den SpitzenkandidatInnen werden am 25. Juli in Luxemburg vorgestellt. Das Wahlprogramm soll am 27. Juli stehen.

**Déi Lénk, the time is now**

(lc) - Non seulement ils doivent se battre contre vents et marées dans les dossiers économiques et sociaux, mais déi Lénk sont aussi restés cohérents jusqu'à la fin quant à leur attitude par rapport au Srel : ne pas fermer la commission d'enquête, un point sur lequel notamment François Bausch a effectué une belle pirouette, et supprimer tout simplement le service de renseignement. Car comme le remarquait Serge Urbany : « Dans la commission, j'ai vraiment compris que le Srel était au service de la politique et de rien d'autre. Les ministres, socialistes aussi, sont clients du Srel. » Quant à leur campagne électorale, on n'en connaît pour l'instant que le slogan, court à souhait, « Elo. » - qui semble aussi traduire l'urgence dans laquelle se trouve le parti pour rassembler ses 60 candidat-e-s et adopter son programme électoral. Ce sera d'ailleurs chose faite le 2 août, où ils tiendront un congrès extraordinaire. En tout, déi Lénk devrait, selon les derniers sondages effectués avant l'annonce des nouvelles élections, sortir renforcé de ce suffrage et gagner un voire deux sièges parlementaires.

**L'ADR y croit encore**

(dv) - Suite à une réunion de son comité exécutif, l'ADR a fait savoir, par voie de communiqué de presse, qu'il se préparait pour les élections législatives. C'est le comité national du 23 juillet qui prendra les « décisions » relatives aux élections. Il s'agira entre autres de choisir le slogan de campagne, les principaux sujets ainsi que les têtes de liste. Concernant les listes, elles seront « ratifiées » par les congrès de circonscription. Le parti aux deux députés et qui fut laminé lors des municipales de 2011 pense pouvoir s'en sortir au mois d'octobre avec ses sujets de prédilection, comme la « préservation » de l'identité luxembourgeoise ou le démantèlement de la bureaucratie. Il sera en tout cas intéressant de voir quel sera le résultat d'un certain nombre de leurs ténors, dont l'ancien président Fernand Kartheiser qui s'illustra dans sa croisade contre les féministes, les impies et les antéchrists de toutes couleurs.

## AKTUELL

## SEXUELLE AUFKLÄRUNG

**Ewiges Tabu**

Anina Valle Thiele

**Zu ihrem nationalen Aktionsplan zur Sexualerziehung klopfen sich die MinisterInnen gegenseitig auf die Schulter. Doch Selbstbestimmung bleibt in Luxemburg Heterosexuellen vorbehalten.**

Wenn gleich vier Minister zu einer Pressekonferenz antreten, um ein Projekt zu promoten und feierlich eine Absichtserklärung zu unterzeichnen, kann der Grund nur der Wahlkampf sein. Das Thema, um das es in diesem Fall ging - Sexualität und die Prävention von Geschlechtskrankheiten - wurde von den Damen und Herren Ministern jedoch in einer Weise paraphrasiert, als lebten wir noch immer in den 1950er Jahren. Die sexuelle und emotionale Gesundheit zu fördern, ist der Zweck des neuen Aktionsplans, an dem die vier Ministerien seit 2011 gemeinsam gearbeitet haben und der am vergangenen Mittwoch von Mars di Bartolomeo, Mady Delvaux-Stehres, Marc Spautz und Françoise Hettogaasch der Presse vorgestellt wurde. Erreicht werden soll dies durch die Schaffung einer Koordinationsstelle für alle Akteure, die zugleich als eine Plattform für den allseitigen Austausch konzipiert ist. „Ein pluridisziplinäres Projekt“ sei hiermit verwirklicht, so die Gleichstellungsministerin.

**Mehr als freie Partnerwahl und den sicheren Zugang zu Verhütungsmitteln**

Die Menschen lebten heutzutage in einer Welt, in der Sexualität überall präsent sei. Gesundheitsminister di Bartolomeo stellte gleich zu Beginn klar, dass man Sexualität nicht auf das Vermeiden sexueller Krankheiten reduzieren könne, und versäumte nicht, es als Verdienst seiner Partei hervorzuheben, dass in Luxemburg der kostenlose Zugang von Verhütungsmitteln für Jugendliche gewährleistet ist. Nein, pflichtete Minister Marc Spautz bei, „sexuelle Gesundheit“ umfasse mehr, zum Beispiel müsse man mit Jugendlichen auch über Liebe sprechen. Eine verantwortliche Sexualerziehung sei wichtig, verlaublich alle vier Minister im Chor. Dabei brachten sie es tatsächlich fertig, keine einzige Geschlechtskrankheit - um deren Vermeidung es bei der beschworenen verantwortlichen Erziehung doch gehen soll - beim

Namen zu nennen, geschweige denn, Zahlen über HIV-Infektionen in Luxemburg zu nennen.

Dass die sexuelle Gesundheit zumindest in der Theorie mehr umfasst, als den Partner frei wählen zu können und sicheren Zugang zu Verhütungsmitteln zu haben, unterstreicht die aktuell gültige Definition (2006) der Weltgesundheitsorganisation (WHO). Nach ihr meint der weit auslegbare Begriff der „sexuellen Gesundheit“, der zugleich auch das körperliche, emotionale, geistige und soziale Wohlbefinden bezogen auf Sexualität umfasst, nicht nur die Abwesenheit von Krankheit, Funktionsstörungen oder Schwäche. Sondern: „Sexuelle Gesundheit erfordert sowohl eine positive, respektvolle Herangehensweise an Sexualität und sexuelle Beziehungen als auch die Möglichkeit für lustvolle und sichere sexuelle Erfahrungen, frei von Unterdrückung, Diskriminierung und Gewalt. Wenn sexuelle Gesundheit erreicht und bewahrt werden soll, müssen die sexuellen Rechte aller Menschen anerkannt, geschützt und eingehalten werden.“ Damit ist sexuelle Aufklärung auch ein Schlüssel zur Gewaltprävention. Die sexuellen Rechte aller Menschen zu gewähren und ihre Selbstbestimmung zu achten, hieße aber auch, transidenten Menschen einen entsprechenden, juristisch gesicherten Rechtsstatus einzuräumen. Der hätte als erste und wichtigste Konsequenz das grundsätzliche Verbot sogenannter „geschlechtsangleichender“ chirurgischer Eingriffe bei Menschen, deren Geschlecht uneindeutig ist. Zwar fiel der Gleichstellungsministerin by the way noch ein, dass es ja neben Homosexuellen, deren Rechte man in Luxemburg ja anerkenne und deshalb nicht eigens zu erwähnen brauche, auch noch intersexuelle Menschen gibt - an der herrschenden Praxis der Genitalverstümmelung und dem ungeklärten Rechtsstatus Intersexueller ändert jedoch auch diese gemeinsame Verlautbarung nichts.

Etwas frischen Wind brachte Patrick Weymerskirch vom Jugendparlament. Er forderte einen grundsätzlichen Perspektivenwechsel und die Einführung von „sexueller Erziehung“ als Schul-Pflichtfach. Weymerskirch forderte die Legalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen und machte sich für eine Fristenlösung stark. Denn, so sein Resumé: „Sexualität ist und bleibt ein Tabuthema“.